

Erster Austausch mit der neuen Senatorin für Inneres und Sport

Am Donnerstag, dem 22. Januar 2026, fand der erste gemeinsame Austausch der Gewerkschaft der Polizei (GdP) – Landesbezirk Bremen – mit der neuen Senatorin für Inneres und Sport, Frau Dr. Eva Högl, statt.

Der GdP-Landesvorsitzende Nils Winter freute sich über die schnelle Terminfindung nach der ersten Kontaktaufnahme bei der Verabschiedung von Ulrich Mäurer. In dem gut einstündigen Gespräch wurden zentrale Themen angesprochen, unter anderem:

- die Silvesternacht in Bremen und Bremerhaven
- die Novelle des Bremischen Polizeigesetzes
- die flächendeckende Einführung des Distanzelektroimpulsgeräts
- die Ausstattung und Arbeitsbedingungen im Polizei- und Ordnungsdienst
- marode Polizeiliegenschaften
- die angespannte Personalsituation in Polizei und Verwaltung
- die IT-Infrastruktur in Bremen und Bremerhaven
- Arbeitszeitregelungen
- Polizeizulage: mindestens die Anpassung an Niedersachsen sowie die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit (wie im Koalitionsvertrag vereinbart)

Zur Polizeizulage machte Frau Dr. Högl deutlich:

„Ich kann die Forderung nach einer angemessenen Polizeizulage gut nachvollziehen und werde mich dafür einsetzen, hier zu einer Lösung zu kommen.“

Frau Dr. Högl kündigte an, sich insgesamt intensiv mit den vorgebrachten Punkten auseinanderzusetzen, und bedankte sich für den offenen und wichtigen Austausch. Besonders erfreulich: Sie sagte ihre Teilnahme am GdP-Landesdelegiertentag am 16. April 2026 zu und wird dort Grußworte sprechen.

Auch Nils Winter zog ein positives Fazit, bedankte sich für das gute Gespräch und vereinbarte bereits weitere Treffen. ■



Die neue Senatorin für Inneres und Sport, Frau Dr. Eva Högl, und Nils Winter



GdP Bremen verurteilt Farbangriff auf Wohnhaus des Verfassungsschutz-Leiters aufs Schärfste

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) – Landesbezirk Bremen – verurteilt den Farbangriff auf das Wohnhaus des Leiters des Landesamtes für Verfassungsschutz Bremen in der Nacht vom 23. auf den 24. Januar 2026 mit aller Deutlichkeit.

„Wer die Privatsphäre und das familiäre Umfeld von Amtsträgern angreift, verlässt den Boden des demokratischen Diskurses und setzt auf nackte Einschüchterung“, erklärt Nils Winter, Vorsitzender der GdP Bremen. „Dieser Angriff gilt nicht nur einer Person, sondern ist ein gezielter Schlag gegen die Institutionen unseres Rechtsstaates. Das werden wir nicht tatenlos hinnehmen.“

Gewalttaten – gleich welcher Art und aus welchem politischen Spektrum heraus – sind niemals ein legitimes Mittel der Auseinandersetzung. Wer Amtsträger einschüchtert oder privat angreift, greift bewusst die freiheitlich-demokratische Grundordnung an.

Die GdP Bremen stellt sich ausdrücklich hinter die Kolleginnen und Kollegen der Sicherheitsbehörden und fordert eine konsequente strafrechtliche Verfolgung der Täter. Einschüchterungsversuche dürfen in unserer Demokratie keinen Platz haben.

Der Schutz von Amtsträgern und ihren Familien ist unverzichtbar. Der Rechtsstaat muss hier mit aller Entschlossenheit reagieren.

Nils Winter

Nils Winter

Foto: GdP Bremen

DP – Deutsche Polizei
Bremen

Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen



Überstunden-Problem und hohe Arbeitsbelastung bei der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Bremen/Bremerhaven. Die Polizistinnen und Polizisten werden immer mehr gefordert. Aktuell schieben die Polizei Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven über 351.000 Überstunden vor sich her und der Krankenstand steigt. Statt Entlastung gibt es Stagnation – und der Wunsch, die aufgebauten Überstunden zeitnah abzubauen, wird durch strukturelle Engpässe zunichtegemacht.



Die Lage ist alarmierend: Die Beschäftigten arbeiten am Limit, weil Personalressourcen fehlen und die Aufgabenbelastung kontinuierlich zunimmt. Die aktuelle Praxis, Überstunden nach zwölf Monaten zwangsweise auszuzahlen, verhindert eine zeitnahe Entlastung und führt zu einer Belastungskurve, die krank macht.

„Die Polizistinnen und Polizisten in Bremen und Bremerhaven sind überlastet und

arbeiten am Limit. Die Überstunden stagnieren auf einem hohen Niveau, weil eine vernünftige Entlastung kaum möglich ist. Nahezu alle Kolleginnen und Kollegen würden die aufgebauten Stunden lieber zeitnah wieder abbauen. Aufgrund knapper Personalressourcen und der Aufgabenbelastung ist dies jedoch kaum möglich. Arbeitsbelastungen, die krank machen. Die Forderung des Senats, eine Stunde unentgeltlich mehr

Arbeit pro Woche zu leisten, trifft die Belegschaft mitten ins Gesicht. Wer die Beamtinnen und Beamten so behandelt, verliert den Bezug zur Realität und verschärft die Arbeitsbelastung weiter“, so der GdP-Landesvorsitzende Nils Winter.

Die GdP macht erneut deutlich:

- Ein Anstieg der wöchentlichen Arbeitszeit verstärkt das Risiko von gesundheitlichen Problemen und Burn-out.
- Ohne deutlich mehr Personal und eine echte Entlastung wird sich die Situation weiter verschlechtern, nicht verbessern.

Die Gewerkschaft fordert daher unverzüglich:

- Sofortige personelle Aufstockung und eine robuste Personalplanung, um die Arbeitsbelastung fair zu verteilen.
- Eine echte, nachhaltige Entlastung statt neuer Belastung durch längere Arbeitszeiten.
- Eine faire, zeitnahe Bezahlung und Anerkennung der Leistungen aller Polizeibeamtinnen und -beamten, die unter schweren Einsatzbedingungen arbeiten. Bei der Polizeizulage sind Bremen und Bremerhaven schon seit über einem Jahr im Bundesvergleich absolutes Schlusslicht.

Nils Winter





Tiefgang statt Oberflächlichkeit: GdP-Senioren im direkten Dialog mit der Politik

Es war weit mehr als eine routinemäßige Versammlung: Die Senioren der GdP Bremen trafen sich am 22. Januar 2026 zu einem Austausch, der durch Klartext und gegenseitigen Respekt bestach. Als Gast stellte sich Nelson Janßen, Fraktionsvorsitzender der Linken in der Bremischen Bürgerschaft, den kritischen Fragen unserer Mitglieder.

In der aktuellen politischen Landschaft sind echte Diskussionen oft selten geworden. Umso bemerkenswerter war die Atmosphäre bei der jüngsten Mitgliederversammlung unserer Seniorengruppe. Von Beginn an war klar: Hier geht es nicht um oberflächliche Höflichkeiten, sondern um eine ehrliche Bestandsaufnahme der Lage.

Zwischen Klartext und Respekt

Die Diskussion mit Nelson Janßen war intensiv. Die Adjektive „kontrovers“, „polarisierend“ und „eindringlich“ beschreiben den Nachmittag treffend. Doch trotz aller Härte in der Sache blieb der Umgang miteinander vorbildlich. Es wurde deutlich, dass Demo-

kratie genau davon lebt: vom direkten Dialog, der auch dort nicht aufhört, wo es un bequem wird.

Die Agenda: Baustellen an allen Fronten

Die Themenliste war lang und spiegelte die Sorgen wider, die uns als Gewerkschafter umtreiben. Im Fokus standen dabei vor allem drei Kernbereiche:

- **Struktur & Personal:** Das noch immer nicht verabschiedete Polizeigesetz sowie die prekäre Personalsituation und die aktuellen Einstellungszahlen bereiten uns große Sorgen.

- **Recht & Besoldung:** Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts war ebenso Thema wie die enttäuschende Haltung der Politik, Musterklagevereinbarungen in besoldungsrechtlichen Fragen zu verweigern.

- **Finanzen:** Angesichts der angespannten Haushaltslage Bremens wurde deutlich hinterfragt, welche Auswirkungen dies langfristig auf die innere Sicherheit unseres Bundeslandes hat.

Fokus auf die Belange der Ruhestandsbeamten

Besonders emotional wurde die Debatte, als es um die direkte Wertschätzung unserer Kolleginnen und Kollegen ging. Die Einführung der 41-Stunden-Woche, die Erhöhung der Polizeizulage und die oft mangelhaften Leistungen der Beihilfe waren zentrale Streitpunkte.

Ein wunder Punkt bleibt die Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage. Hier zeigte sich Janßen als ehrlicher Gesprächspartner: Er wollte keine leeren Versprechungen abgeben, stellte aber klar, dass er einer entsprechenden Entwicklung im parlamentarischen Prozess nicht im Wege stehen würde. Ein Statement, das zwar keine sofortige Lösung verspricht, aber die Tür für weitere Gespräche offenlässt.

Fazit: Wir bleiben dran!

Dieser Nachmittag hat gezeigt: Die GdP-Senioren sind eine starke Stimme, die gehört wird. Wir werden die Politik weiterhin beim Wort nehmen und die angesprochenen Themen konsequent verfolgen. Der Dialog mit Nelson Janßen war ein wichtiger Schritt – doch entscheidend ist, was am Ende in der politischen Praxis davon ankommt.

Wir bleiben für euch am Ball!

Heinfried Keithahn



Nelson Janßen (2 von li.), bei der Beantwortung der an ihn gestellten Fragen



BREMEN DARF SEINE POLIZEIPENSIONÄRE NICHT LÄNGER ABHÄNGEN

Wir fordern endlich eine spürbare Verbesserung von Versorgung, Beihilfe und Anerkennung

Anfang Februar 2026 haben wir uns als Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bremen direkt an die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft gewandt. Parallel dazu wurden auch Bürgermeister sowie Senatorinnen und Senatoren angeschrieben. Der Grund ist eindeutig: Die Versorgungssituation unserer Polizeipensionärinnen und -pensionäre hat ein Niveau erreicht, das wir so nicht länger hinnehmen können.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben Jahrzehnte im Schichtdienst, unter Belastung und nicht selten unter gesundheitlichen Risiken für die Sicherheit Bremens gearbeitet. Dass sie im Ruhestand bundesweit zu den Schlusslichtern gehören, ist aus unserer Sicht weder gerecht noch politisch akzeptabel.

Besoldung und Versorgung: Bremen bleibt abgeschlagen

Die Fakten sind klar: Bremen liegt bei der Besoldung – und damit zwangsläufig auch bei der Versorgung – in mehreren Bereichen am Ende des bundesweiten Vergleichs. Besonders deutlich wird das bei höheren Besoldungsgruppen wie A 13, wo inzwischen ein erheblicher Abstand zu anderen Bundesländern besteht. Auch in mittleren Laufbahnen droht Bremen dauerhaft Letzter zu bleiben.

Für unsere Pensionärinnen und Pensionäre bedeutet das konkret: niedrigere Versorgungsbezüge als nahezu überall sonst in Deutschland. Diese Entwicklung ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen – und deshalb auch politisch korrigierbar.

Beihilfe: hohe Kosten gerade im Alter

Besonders kritisch sehen wir die Beihilfe Regelungen in Bremen. Während andere Bundesländer ihre Ruhestandsbeamtinnen

und -beamten spürbar entlasten, verlangt Bremen vergleichsweise hohe Eigenanteile – ohne wirksame Belastungsbegrenzung. Das trifft ausgerechnet diejenigen, deren Gesundheitskosten naturgemäß steigen.

Wir sagen klar: Wer jahrzehntelang Dienst unter besonderen Belastungen geleistet hat, darf im Alter nicht zusätzlich finanziell unter Druck geraten. Fürsorgepflicht endet nicht mit dem letzten Einsatztag.



Nils Winter, Heinfried Keithahn und Walter Liebetrau vor der Abgabe des Schreibens an die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft



Polizeizulage: Wertschätzung darf kein Verfallsdatum haben

Hinzu kommt die Polizeizulage. Sie ist in Bremen nicht nur vergleichsweise niedrig, sondern bislang auch nicht ruhegehaltstfähig. Damit verpufft die Anerkennung für besondere Einsatzbelastungen genau dann, wenn Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gehen.

Wir erwarten, dass die im Koalitionsvertrag angekündigte Ruhegehaltstfähigkeit endlich umgesetzt wird. Das ist keine Luxusforderung, sondern eine Frage der Fairness und der glaubwürdigen Anerkennung polizeilicher Arbeit.

Pensionäre gehören dazu – nicht aufs Abstellgleis

Zunehmend entsteht bei vielen Ruhestandsbeamtinnen und -beamten der Eindruck, politisch aus dem Blick geraten zu sein. Entlastungsmaßnahmen oder Sonderzahlungen erreichen sie oft nicht. Das sendet ein fatales Signal – sowohl an die Pensionäre selbst als auch an die aktiven Kolleginnen und Kollegen.

Wer heute im Dienst steht, schaut sehr genau darauf, wie mit denjenigen umgegangen wird, die ihr Berufsleben bereits hinter sich haben.

Unsere Forderungen sind klar

Wir erwarten von der Bremer Politik jetzt konkrete Schritte:

- eine deutliche Verbesserung der Besoldungsbasis und damit der Versorgung,
- eine faire Reform der Beihilfe mit spürbarer Entlastung im Ruhestand,
- die Ruhegehaltstfähigkeit und angemessene Höhe der Polizeizulage sowie
- die konsequente Einbeziehung unserer Pensionärinnen und Pensionäre in Entlastungsmaßnahmen.

Das sind keine überzogenen Forderungen, sondern notwendige Maßnahmen, um Anschluss an den Bundesdurchschnitt zu halten und die Lebensleistung ehemaliger Polizeibeschäftigter anzuerkennen.

Gespräch ja – Stillstand nein

Wir bleiben selbstverständlich gesprächsbereit. Aber ebenso klar ist: Die derzeitige Situation können und werden wir nicht einfach akzeptieren. Bremen darf seine Polizeipensionäre nicht dauerhaft zum Schlusslicht machen.

Anerkennung zeigt sich nicht in Sonntagsreden, sondern in konkreten Entscheidungen. Genau die erwarten wir jetzt.

Heinfried Keithahn

Das Schreiben an die Abgeordneten





Ganztägiger Warnstreik am 15. Januar 2026 im Konsul-Hackfeld-Haus

In der zweiten Januarwoche riefen wir zum Streik auf – und sage und schreibe 180 Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich der Bremer Polizei und anderen Ämtern folgten unserem Aufruf und kamen ins Konsul-Hackfeld-Haus. Auch an dieser Stelle noch mal ein großer Dank für euer Engagement! Das war in jedem Fall ein starkes Zeichen, welches wir in Richtung Potsdam zur zweiten Verhandlungsrunde der diesjährigen Tarifverhandlungen im TV-L gesendet haben!

Auch in diesem Jahr ist es wieder wichtig, der Arbeitgeberseite zu signalisieren, dass es uns mit unseren Forderungen, 7 % mehr Gehalt (mindestens 300 € mehr, 200 € mehr für Auszubildende) sowie eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfänger:innen, ernst ist.

Ab 10 Uhr konnten die Kolleginnen und Kollegen sich bei Kaffee, Tee und Wasser über die aktuellen Entwicklungen der Tarifverhandlungen informieren und einfach mal mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ämtern und Abteilungen ins Gespräch kommen.

Unser Landesvorsitzender Nils Winter ging in seiner Rede auch noch mal auf die bisher wenig zufriedenstellenden Verhandlungen ein. Auch Nils sah diesen Streiktag als ein starkes Zeichen in Richtung der Arbeitgeberseite.

Abschließend konnte man sich in die ausgelegten Streiklisten eintragen und sich danach bei Chili con Carne oder Erbsensuppe stärken. Gegen 13 Uhr leerte sich dann langsam das Konsul-Hackfeld-Haus.

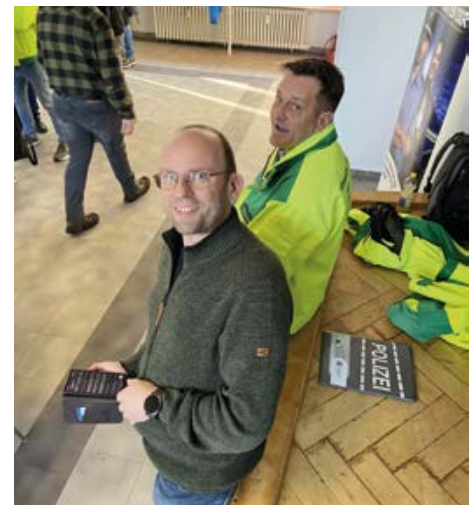
Auf jeden Fall war es wieder eine gelungene Veranstaltung, bei der man wieder einmal gesehen hat, dass unsere Mitglieder immer bereit sind, unseren Forderungen auch Nachdruck zu verleihen. Vielen Dank auch an die Organisatoren des Landesfachausschusses Tarif & Soziales.

Peter Borrmann

Fotos: Peter Borrmann



Vorbereitungen im Konsul-Hackfeld-Haus



V.l.: Olli Thies und Nils Winter





Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe 2026,
Landesjournal Bremen, ist der 4. März 2026.

Artikel bitte mailen an: ruedigerkloss.dpo1@gmail.com



Wer hat beim Bowling wohl gewonnen?



Fröhliche Kohltour-Teilnehmer

Foto: GdP Bremen

Gemeinschaft, Zusammenhalt und Kollegialität

Dafür und für vieles mehr stehen wir als JUNGE GRUPPE (GdP) Bremen. Dass Gewerkschaftsarbeit weit mehr als Tarifverhandlungen und politische Arbeit bedeutet, zeigte sich einmal mehr bei zwei besonderen Veranstaltungen. Die JUNGE GRUPPE (GdP) Bremen lud alle Kolleginnen und Kollegen der GdP zu einem gemeinsamen Bowlingabend und der traditionellen Kohltour ein.

Beim Bowlingevent am 8. Dezember 2025 traf man sich aus den unterschiedlichsten Dienststellen und Abteilungen in lockerer Atmosphäre. Abseits des oft fordernden Dienstalltags bot sich die Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen, Erfahrungen zu teilen und einen freundschaftlichen Wettstreit zu führen, wer mehr Strikes erzielt. Alle Anwesenden hatten einen schönen Abend und viel Spaß! Dass Tradition verbindet, ist allseits bekannt. Dass die JUNGE GRUPPE (GdP) Bre-

men zu gemeinschaftlichen Events einlädt, hoffentlich bald auch.

Am 23. Januar 2026 wurde durch die JUNGE GRUPPE (GdP) Bremen das neue Jahr mit norddeutscher Tradition und guter Laune begrüßt. Mit Bollerwagen, guter Laune und einem leckeren Getränk ging es zusammen mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen durch das winterliche Bremen, bevor der Tag in geselliger Runde bei Grünkohl und Pinkel seinen Ausklang fand.

Veranstaltungen wie das Bowlingevent oder die Kohltour zeigen: Wer Mitglied in der JUNGEN GRUPPE (GdP) Bremen ist, profitiert nicht nur von einer starken Stimme, sondern auch von einem lebendigen Netzwerk.

Vernetze dich mit uns über WhatsApp, Instagram und Co. und sei DU das nächste Mal dabei!

Jannick Terbrack